

## AUSZÜGE

aus: Helmut Kohls Rede am 3. September 1998 im Rahmen der Haushaltsdebatte rund drei Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September 1998: Standortbestimmung, Bestandsaufnahme, Ausblick

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065 (Fettdruck dient Hervorhebung, eckige Klammern enthalten Erläuterungen)

\*\*\*

*Dies ist die große Debatte vor der Bundestagswahl. Diejenigen, die daran Anstoß nehmen, würden viel größeren Anstoß nehmen, wenn wir die Debatte nicht geführt hätten.*

*Das ist also kein Absturz des Parlamentarismus. Das ist auch keine Inszenierung, wie hier dümmlicherweise von dem einen oder anderen gesagt wurde, sondern es ist die normale Vorlage eines Etats. Wäre dieser Etat nicht vorgelegt worden, hätten die gleichen Leute gesagt: „Sie bringen schon gar keinen Etat mehr ein; sie wagen nicht, ihn vorzulegen.“*

\*\*\*

*Natürlich findet hier ein gewaltiger Schlagabtausch statt. Das kann doch gar nicht anders sein:*

*Auf der einen Seite stehen sich hier die Koalition, CDU/CSU und F.D.P., und auf der anderen Seite Rotgrün - die Rolle der PDS ist eben noch einmal aufgewärmt worden - gegenüber. Hier geht es in der Tat um Richtungsentscheidungen. Darüber ist zu reden.*

\*\*\*

*Herr Scharping [SPD] treibt die Frage um: „Wer steht zur Wahl?“ Herr Scharping, daß Sie die Frage stellen, verstehe ich überhaupt nicht. Es stehen doch zwei Kandidaten zur Wahl. Es stehen zur Wahl: Gerhard Schröder [SPD], Ihr Kandidat, und Helmut Kohl, der Kandidat der CDU/CSU.*

*Herr Fischer [Joschka Fischer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Sie stehen nicht zur Wahl. Als ich heute Ihre laute Stimme hörte, dachte ich: Das ist doch der Klang der Stimme von der Startbahn West. Seien Sie vorsichtig, sonst sind Sie der erste Startbahn-West-Kämpfer mit Pensionsanspruch. Das könnte Ihnen passieren.*

\*\*\*

*Die Wähler haben ein klares Personalangebot, und sie haben ein klares Programmangebot. Es ist doch nur berechtigt, wenn sich die Wähler die Programme anschauen und - mißtrauisch, wie Menschen gegenüber Papier sind - die Frage stellen: „Was steht zwischen den Zeilen, und wer verkörpert diese Politik?“*

\*\*\*

*Man kann diese Debatte heute nicht führen, ohne wenigstens ein kurzes Wort zur internationalen Lage zu sagen.*

*Lassen Sie doch diesen Unsinn, der hier aufgebracht wird, als wolle jemand mit der gegenwärtigen schwierigen internationalen Lage, etwa mit der schrecklichen Gefahr für die Menschen im Kosovo (...), mit der Bedrohung, die aus der Krise in Rußland entstehen könnte, Wahlkampf machen! Ich habe so einen Wahlkampf nie geführt.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Aber wenn ich mir anschaue, wie Sie [SPD und GRÜNE] 1983 und 1987 im Zusammenhang mit der Stationierungsdebatte Wahlkampf mit der Kriegsangst der Menschen gemacht haben, wie ausgerechnet Herr Rau [Johannes Rau, SPD, 1978 bis 1998 Ministerpräsident von NRW, 1999 bis 2004 Bundespräsident] über das Land zog und den Menschen Angst einjagte und die Kriegswitwen mobilisierte - so schäbig hat sich außer Ihnen niemand in der jüngsten deutschen Politik verhalten.*

\*\*\*

*Trotz aller Auseinandersetzungen sollten wir in dieser Stunde - ungeachtet aller parteipolitischen Unterschiede - noch in der Lage sein, nationale Interessen zu erkennen.*

*Trotz allem, was im Wahlkampf wichtig ist, können wir nicht Abschied nehmen von der Weltpolitik.*

*Daß krisenhafte Entwicklungen in der Welt, jetzt in Rußland, im Kosovo und im Währungsbereich in Asien, uns zutiefst berühren, müssen wir auch den Wählern sagen.*

*Wir müssen ihnen sagen, daß hier etwas geschieht, was äußerste Vorsicht und große Klugheit erfordert.*

\*\*\*

*Ich habe etwas dagegen, die Chancen, ein Ereignis in einer guten Weise zu lenken, von vornherein mieszumachen. Ich bin strikt dagegen, so zu denken; aber ich bin strikt dafür, unsere Verantwortung wahrzunehmen. Das ist es, was wir jetzt brauchen.*

\*\*\*

*Wir alle können stolz darauf sein, daß Deutschland heute ein ruhender Pol in der Völkergemeinschaft und eines der einflußreichsten Länder in der westlichen Welt ist. (...)*

*Es ist wahr, daß die Zeit, für die ich Verantwortung trage, etwas länger ist, daß die weltpolitischen Veränderungen etwas dramatischer waren und daß deswegen viele darauf schauen, was die Bundesregierung - der Bundesaußenminister, der Bundeskanzler, der Bundesverteidigungsminister, alle, die Verantwortung tragen - heute tut und für welche Politik sie steht.*

*Es ist doch verständlich, daß die Welt auf diejenigen schaut, die als Alternative auftreten. Es ist doch verständlich, daß die Welt sagt: „Um Gottes willen, was steht uns da ins Haus“, wenn ein Schattenaußenminister genannt wird, über den jeder in der Welt den Kopf schüttelt [Bezugnahme auf Joschka Fischer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].*

\*\*\*

*Es ist kein Grund zur Kritik, sondern ein Grund zur Freude, daß die Bundesrepublik Deutschland zwei Jahre vor dem Ende dieses Jahrhunderts - mit all dem, was in dieser Zeit an Schrecklichem in deutschem Namen geschehen ist [Hinweis u.a. auf das Dritte Reich] - ausgezeichnete Beziehungen zu Washington, Paris, London, Moskau und auch zu Tokio und Peking hat.*

\*\*\*

*Mit dem, was Sie [rot-grün, hier konkret Joschka Fischer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1998 bis 2005 deutscher Außenminister] hier sagen, kommen Sie international nicht weiter.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Wenn Sie - was niemand glaubt - je in das Amt des Außenministers kämen, dann müßten Sie auch mit dem chinesischen Außenminister bei den Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Es ist nicht auszu-denken, welche Auswirkungen es hätte, wenn Sie dort solche Reden wie hier in diesem Hause halten würden.*

\*\*\*

*Ich sage mit Stolz: Wir genießen weltweit hohes Ansehen, vor allem als berechenbarer, verlässlicher Partner. Unser Rat und unser Beitrag sind gefragt.*

*Ich sage noch einmal - das ist auch für die bevorstehende Wahl wichtig -: Das Vertrauen, das Deutschland genießt, ist ein kostbares außenpolitisches Kapital. Wir haben es in Jahrzehnten hart erarbeitet. Um es klar zu sagen: Ich denke nicht daran, es aufs Spiel zu setzen.*

\*\*\*

*Es ist mit Blick auf mein Amt überhaupt nichts Besonderes, daß ich in diesen kritischen Tagen jede Chance wahrnehme, mit den Verantwortlichen in Moskau und Washington und mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der EU über die Entwicklung in Rußland zu sprechen.*

*Ich bin froh, daß wir volle Übereinstimmung haben, gerade in der Europäischen Union. Wir stimmen darin überein, daß die Stabilität Rußlands und der Fortgang seiner politischen und wirtschaftlichen Reformen von existentieller Bedeutung für die Entwicklung Europas und natürlich auch Deutschlands sind.*

*Aber ich mische mich nicht in die Entscheidungen Rußlands ein.*

\*\*\*

*Wenn ich hier sage - alle meine Kollegen denken so [gemeint sind die anderen Staats- und Regierungschefs] -, daß wir hoffen, daß Tschernomyrdin durch die Duma die Bestätigung für das Amt des Ministerpräsidenten erhält, dann steht dahinter die Hoffnung, daß damit wieder ein Mann - was immer er sonst in vielen Bereichen denken mag - ins Amt kommt, der in der Lage ist, mit Augenmaß, aber auch mit Mut die notwendigen Entscheidungen im Hinblick auf Reformen zu treffen.*

*Ohne diese Reformen, ohne Rechtsstaat, ohne freiheitliche Demokratie, ohne marktwirtschaftliche Ordnung und damit vor allem ohne die Chance zu sozialer Stabilität wird Rußland keine gute Entwicklung nehmen.*

\*\*\*

*Wer darüber redet, sollte wenigstens einmal eine Minute darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn die Dinge in Rußland nicht gut laufen.*

*Rußland ist nicht irgendein Land.*

*Es ist eines der mächtigsten Länder dieser Erde, auch wenn es im Moment schwierige politische und wirtschaftliche Probleme hat. Es wird aber wieder an die Spitze kommen; daran habe ich gar keinen Zweifel.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Es ist vor allem unser mächtigster Nachbar im Osten. Die Lage in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hängt entscheidend davon ab, daß auch die Lage in Moskau stabilisiert wird.*

*Deswegen ist es doch nur natürlich, daß alle, aber insbesondere die Deutschen, alles tun, um in diesem Sinne zu wirken.*

\*\*\*

*Meine Damen und Herren, wir haben Beiträge, auch finanzieller Art, für die Entwicklung Rußlands geleistet.*

*Warum? Weil es unser mächtigster Nachbar ist und die Lage in der Region entscheidend von diesem Land beeinflußt wird.*

*Rußland hat mit Murren - der Präsident [1998: Boris Jelzin] hat es gestern wieder kritisiert - und zum Teil zähneknirschend akzeptiert, daß Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO aufgenommen werden. Wer hätte das heute vor zehn Jahren für möglich gehalten?*

*Das ist doch ein Erfolg unserer zähen Verhandlungspolitik.*

*Es besteht im übrigen eine Dankesschuld gegenüber unseren Nachbarn. Wir haben den Polen immer zugerufen: „Wenn ihr euer kommunistisches Regime loswerdet, seid ihr herzlich willkommen.“*

*Es ist doch auch eine Frage der inneren Stabilität unserer Region, daß an der Oder nicht nur die Grenze zur EU fällt, indem sie ostwärts verschoben wird, sondern daß die Oder auch keine NATO-Grenze mehr ist.*

*Das ist Teil deutscher Sicherheitspolitik. Dafür treten wir ein; dabei bleiben wir.*

\*\*\*

*Es ist noch eine letzte Frage offen - der Ministerpräsident des Saarlandes hatte gestern die Güte, das Thema wieder anzusprechen -: unsere Zahlungen an Rußland.*

*Es ist wahr, meine Damen und Herren, daß wir erhebliche Gelder bezahlt haben.*

*Ich erinnere mich aber an Debatten aus den Jahren 1986 bis 1988 [d.h. vor Ende des Kalten Krieges 1989/90, vor Mauerfall am 09.11.1989 und vor Deutscher Einheit am 03.10.1990], als ganz andere Zahlen im Raume standen. Wir haben damals gesagt: Das zahlen wir gerne, wenn wir die deutsche Einheit bekommen.*

*Jetzt haben wir nicht nur die deutsche Einheit erreicht - ich komme darauf noch zu sprechen -, sondern wir haben auch noch einen fristgerechten Abzug der russischen Truppen erleben dürfen.*

*Meine Damen und Herren, alle, die jetzt über Boris Jelzin herfallen und mit der konkreten Situation ihren Spott treiben - vor einiger Zeit konnten sie übrigens gar nicht tief genug ihren Diener machen -, will ich daran erinnern, daß es allein dieser Mann war, der 1993/94 gesagt hat: „Wir ziehen ab.“*

*Er hat dies gesagt, obwohl damals auch die deutsche Seite durchaus Anlaß geboten hat, über eine Verschiebung ernsthaft nachzudenken, wenn man gewollt hätte. Unsere Position war nämlich auf Grund der örtlichen Verhältnisse nicht sehr stark. Ich sage dies ohne Vorwurf. Damals kam das Jahr 1998 als Abzugsjahr in die Diskussion.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Daß aber unsere Vorstellungen so umgesetzt wurden, wie wir sie ausgehandelt hatten [d.h. finaler Abzug der russischen Truppen aus dem wiedervereinten Deutschland bzw. vom Gebiet der vormaligen DDR bis 1994], zeigt doch, wie wichtig es ist, sich im guten Kontakt mit Freunden und Partnern gegenseitig nur das Vertretbare zuzumuten.*

*Diesen Punkt wollte ich heute noch einmal mit großer Deutlichkeit hervorheben.*

\*\*\*

*Ich komme zu einer anderen dramatischen Entwicklung in der Welt, nämlich zu der Entwicklung in Europa.*

*Wir dürfen nie vergessen - die Entscheidung hinsichtlich des Kosovo hat in diesem Fall viel mit unserer Glaubwürdigkeit zu tun -, daß die deutsche Einigung ohne die Einigung Europas nicht möglich gewesen wäre.*

*Herr Ministerpräsident Lafontaine, von mir kennen Sie keine Äußerung - Sie haben gestern wieder eine entsprechende Fama aufgebaut -, daß ich mich als Vater des Euro bezeichne. (...)*

*Ich bin der Letzte, der bestreitet, daß der französische Staatspräsident François Mitterrand bei diesen Fragen entscheidend mitgewirkt hat. Wir sind, wie jeder weiß, freundschaftlich verbunden gewesen.*

*Am Anfang des Prozesses der deutschen Einheit waren wir [d.h. Helmut Kohl und François Mitterrand] in dieser Frage nicht immer einig. Er hat nach seinem Ausscheiden aus dem Amt immerhin noch ein Buch darüber geschrieben. Es war einer der großen Glücksfälle für Deutschland, daß dieser Mann im entscheidenden Augenblick Präsident der Französischen Republik war. Ich bin dankbar, daß wir das erlebt haben.*

\*\*\*

*Dann haben wir in Sachen Währung etwas entschieden, was viele für gänzlich unmöglich gehalten haben. Es ist eigenartig, daß Sie [vgl. Rede von Oskar Lafontaine, SPD, am Vortag, 02.09.1998] - jetzt wieder - Theo Waigel angegriffen haben. Das Zitat „Der Euro spricht deutsch“ stammt zudem nicht von ihm. Es ist von den Franzosen geprägt worden - halb aus Anerkennung, halb aus Mißbehagen. (...)*

*Daß der Euro in dieser Weise kam, hat eine Menge Gründe.*

*Warum soll man nicht auch diese nennen: Da war die Angst, die Deutschen könnten eine Hegemonie errichten. Dies war in einer dramatischen Nacht mit Händen greifbar. Damals - ich will das noch einmal erwähnen - hat François Mitterrand den Ausschlag gegeben. Als der Reihe nach gefragt wurde, wo der Sitz der Europäischen Zentralbank sein solle, hat François Mitterrand - er war der vorletzte Redner - gesagt: „Frankreich“ - er sprach nie in der Ich-Form - „stimmt für Frankfurt“. Da konnte niemand [d.h. im Kreis der EU-Staats- und Regierungschefs] gegen Frankfurt stimmen.*

*Dieser bedeutende politische Denker [François Mitterrand] hat begriffen, was es für die Deutschen heißt, nach 50 Jahren die D-Mark aufzugeben, daß die D-Mark nicht irgendeine Währung war und ist, sondern eine Lebenserfahrung. Er hat gesagt: „Leute, wir brauchen die Deutschen. Die Deutschen sind auch währungspolitisch eine Säule.“ In diesem Geist haben wir die Entscheidung gefällt [d.h. hier: für Frankfurt als Standort der Europäischen Zentralbank].*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Wissen Sie, was sich da ausgezahlt hat?*

*Daß Männer wie Gerhard Stoltenberg und Theo Waigel in vielen schwierigen, endlosen Sitzungen auf internationalen Konferenzen, in denen es um währungspolitische Entscheidungen ging, zwar immer unsere eigenen Interessen im Blick hatten, aber vor allem - und das macht Politik aus - nach den gemeinsamen Interessen gefragt haben.*

*Diese Männer haben begriffen, daß man Politik nicht - schon gar nicht im internationalen Bereich - am Kalender und an tagespolitischen Ereignissen ausrichten kann.*

*Auch in diesem Sinne stimmt es, daß man sich im Leben immer wieder sieht. Das hat sich für uns ausgezahlt.*

\*\*\*

*Daß die Erfolgsgeschichte der D-Mark nach 50 Jahren in eine Erfolgsgeschichte des Euro übergeht, ist heute ganz unbestreitbar.*

*Wenn ich mir Sie [SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] anschau, frage ich mich manchmal: Wo lebe ich eigentlich? Schauen Sie sich doch einmal an, was Sie in der Debatte vor gerade einem Jahr im Blick auf die Kriterien von Maastricht [die sogenannten Maastricht-Kriterien muss ein Mitgliedstaat erfüllen, um dem Euro-Verbund beitreten und den Euro einführen zu können] alles gesagt haben. Alles war falsch - alles, ohne Ausnahme!*

*Meine Damen und Herren, natürlich hatten wir in dieser geschichtlichen Stunde auch Schwierigkeiten und haben gelegentlich Fehler gemacht.*

*Aber wir wußten: Wenn wir, die Deutschen, die Kriterien nicht seriös erfüllen, bricht das Ganze zusammen. Deshalb haben wir wirklich Tag und Nacht darüber nachgedacht.*

*Eine ganz andere Sache aber ist: Die Gurus haben nicht recht behalten, auch alle diejenigen nicht, die uns gesagt haben, mit dem Euro werde die D-Mark destabilisiert und werde uns der europäische Markt verlorengehen.*

\*\*\*

*Jetzt stehen wir vor einer wichtigen Weichenstellung. Ich fürchte, manche von uns haben dies - ich sage dies ohne Vorwurf, weil die Innenpolitik aus vielen Gründen notwendigerweise dominiert - aus den Augen verloren.*

*Wir treten jetzt innerhalb der Europäischen Union in eine neue Phase ein. Der Euro ist die eine Sache; aber es geht auch um die innere Struktur der Europäischen Union.*

*Es geht um die Abgrenzung der Kompetenzen, um größere Bürgernähe; es geht um die Erweiterung [Bezugnahme auf die sogenannte Osterweiterung der EU].*

*Machen Sie sich doch keine Illusionen, Herr Fischer! Ich gebe Ihnen recht: Wenn die Funktionsträger der EU jetzt geheim abstimmen würden - so, daß niemand nachweisen könnte, wie von dem einzelnen abgestimmt worden ist -, wäre ich nicht sicher, ob es eine Mehrheit für die Erweiterung gäbe.*

*Das aber kann nicht unsere Politik sein.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Für die Deutschen ist es schicksalhaft, daß die Länder Mittelost- und Südosteuropas den Weg in die Europäische Union finden; denn nur so werden wir auch im nächsten Jahrhundert Frieden und Freiheit haben.*

\*\*\*

*Ähnliches gilt auch für die Finanzfragen. Warum sagen Sie das, was Sie auch heute wieder behauptet haben, wider besseres Wissen?*

*Sie werfen uns die Dublin-Entscheidung zu den Finanzen aus dem Jahre 1992 vor. Was hätte ich, was hätte Herr Waigel oder der Außenminister 1992 anderes machen können?*

*Wir waren damals in der entscheidenden Phase, in der sich unsere europäischen Nachbarn in der EU gerade mühsam an die deutsche Einheit gewöhnten. Ich mußte bei beinahe jeder Entscheidung zur Kenntnis nehmen, daß dieser oder jener nur äußerst zögerlich die Konsequenzen aus der deutschen Einheit zog, und zwar auch im Rahmen der EU-Politik.*

*In dieser Situation hinzugehen und nach altem, „erprobtem“ Wesen - das uns in diesem Jahrhundert ein Drittel des Reichsgebietes gekostet hat - zu sagen, am deutschen Wesen soll die Welt genesen, wäre doch keine verantwortliche Politik gewesen.*

\*\*\*

*Deswegen reden wir darüber. Wir machen es nicht mit einer Drohgebärde.*

\*\*\*

*Sie haben jetzt ein Thema - wir wollen es einmal durchdeklinieren -: 16 Jahre [d.h.: 16 Jahre CDU/CSU/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1. Oktober 1982].*

*Sprechen wir darüber, was war, was ist und was wir für die Zukunft wollen.*

*Ich sage als erstes, so wie es auch Kurt Biedenkopf gestern wunderschön belegt hat: Es waren 16 gute Jahre, und das werden Sie auch am Wahltag merken.*

\*\*\*

*Aber dieses Jahr, 1998, ist so, wie es jetzt ist - übrigens kann auch Ihr Wahlkampf nur auf einer solchen Basis geführt werden -, nur denkbar und möglich, weil das alles eine Vorgeschichte hat.*

*Wenn Sie jetzt wieder damit anfangen, man dürfe nicht über Außenpolitik reden, muß ich noch einmal sagen: Sie waren es, die in Deutschland Angst zu einem Mittel der Politik machten.*

*Nicht ich bin der Erfinder des NATO-Doppelbeschlusses, das war Helmut Schmidt. Er ist und war ein kluger Mann. Aber Sie haben ihn doch wegen des NATO-Doppelbeschlusses gestürzt. Die Helden, die das getan haben, sitzen doch zum Teil hier auf dieser Bank [Bezugnahme auf die sog. Bundesratsbank u.a. mit den damaligen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, Saarland, und Gerhard Schröder, Niedersachsen].*

*Sie haben doch die Straße hier in Bonn und anderswo mobilisiert; das können Sie, das haben wir auch beim Kohle-Kompromiß erlebt. Aber Sie haben nichts erreicht.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Was haben Sie für einen Spott über uns und über mich ausgeschüttet, als ich sagte: Frieden schaffen mit weniger Waffen! [Hinweis auf die Debatte v.a. über den Nato-Doppelbeschluss]*

*Ich kann heute in Deutschland vermelden: Wir haben weniger Waffen auf unserem Territorium als in langer Zeit unserer Geschichte. Das ist ein Erfolg unserer Friedenspolitik.*

\*\*\*

*Machen Sie nun nicht auch noch eine solche Geschichtsfälschung hinsichtlich der Ereignisse vor neun Jahren [Bezugnahme auf das Ende des Kalten Kriegs und den Mauerfall am 09.11.1989]. Ich finde es falsch.*

*Daß es vor neun Jahren zu dieser Entscheidung kam, verdanken wir den Ereignissen in folgender Reihenfolge: der Entwicklung in Moskau, als die sowjetische Wirtschaft unter dem Druck der Überrüstung zusammenzubrechen drohte und Michail Gorbatschow erkannte, er müsse abrüsten, und dem Umstand, daß er in Amerika auf Präsidenten traf - zunächst auf Ronald Reagan, aber dann vor allem auf George Bush -, die dieses Gespräch mit ihm aufgenommen haben.*

*Ohne diese beiden Voraussetzungen - das sage ich mit aller Härte - hätten alle Demonstrationen in Leipzig, Chemnitz und sonstwo, vor denen ich den allergrößten Respekt habe - denn diese Leute haben Mut gehabt -, nicht zum Erfolg geführt. Das wissen Sie so gut wie ich.*

\*\*\*

*Daß dann das Tor aufging, war großartig. Dafür danken wir Michail Gorbatschow, George Bush und denen, die uns geholfen haben, aber auch und nicht zuletzt den Menschen auf den Straßen und Plätzen der damaligen DDR, die eben nicht geglaubt haben, was führende Sozialdemokraten sagten: „Die Idee der Einheit ist überlebt, wir können sie aufgeben.“ Andere haben sie - die haben das nicht so laut gesagt - verraten.*

*Nein, sie haben denen geglaubt, die durch Wind und Wetter hindurch gesagt haben [wie Helmut Kohl]: „Wann es sein wird, wissen wir nicht, aber die Idee der Einheit der Nation wird Wirklichkeit werden, wenn das Volk selbst es will.“*

*Das haben wir durchgesetzt, und dafür stehen wir.*

\*\*\*

*Meine Damen und Herren, daß wir in der Zeit 1989, 1990, 1991 nicht in der Lage waren, ein perfektes Programm vorzulegen, und daß wir und nicht zuletzt ich Fehler gemacht haben, habe ich oft genug gesagt.*

*Ich war in der Verantwortung und stehe auch für diese Fehler ein. Aber in den Grundfragen der Nation hat unser Kompaß gestimmt.*

*Ich wäre nie, nicht eine Minute, auf den Gedanken gekommen, daß ein verantwortlicher deutscher Politiker, ein Ministerpräsident, in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes - in einem Moment, in dem die Leipziger gerufen haben: „Wenn die D-Mark nicht nach Leipzig kommt, gehen die Leipziger zur D-Mark“ - gegen den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion stimmen könnte. Aber Sie beide, die Sie hier sitzen, haben das getan.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

[Helmut Kohl nimmt Bezug auf Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, die am 22.06.1990 im Bundesrat als Ministerpräsidenten von Saarland und Niedersachsen als einzige Bundesländer gegen den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR stimmten; vgl. Bundesrat, Plenarprotokoll 615 vom 22.06.1990: Abstimmungsergebnis, S. 360; Rede Gerhard Schröders, S. 352f.]

\*\*\*

*In vier Wochen ist der achte Jahrestag der deutschen Einheit. Es ist doch ganz offenkundig, daß wir in diesen acht Jahren weit vorangekommen sind.*

\*\*\*

*Natürlich ist das ein schwieriger Weg. Ich kann aber nur immer wieder allen, die wie ich aus dem Westen, vom Rhein kommen, sagen: Redet nicht über die Leute jenseits der damaligen Grenze; wir hatten nicht deren Lebensbiographie, und es gab dort andere Einflüsse und Denkkategorien.*

*Überlegen Sie doch einmal: In ein paar Wochen wählen jetzt 18jährige in Chemnitz, Leipzig und Schwerin zum erstenmal. Vor neun Jahren waren sie noch in dem, was wir Grundschule nennen würden. Sie waren einem völlig anderen Einfluß von Lehrern und staatlichen Institutionen ausgesetzt. Wer hat ihnen denn - ich meine jetzt nicht materiell, sondern mental - im täglichen Umfeld geholfen, zumal auch ihre Eltern nach 40 Jahren DDR unsere Erfahrungen nicht hatten? Nun regen sich alle auf und sagen, die jungen Leute seien auf Irrwegen. Die sind in ihrer großen Mehrheit nicht auf Irrwegen.*

*Wir müssen bloß (...) denen helfen, die sich zu Links- und Rechtsradikalen verlaufen haben, zur politischen Mitte zu finden.*

*Aber ich spreche von Links- und Rechtsradikalen gleichermaßen, und eine Seite davon beachten Sie in der SPD nicht mehr.*

\*\*\*

*Es ist ja bemerkenswert, daß in der Debatte bis jetzt der Vorwurf, es gebe keine blühenden Landschaften, nicht gekommen ist. Warum nicht? Weil Sie das in den neuen Ländern nicht mehr sagen können.*

\*\*\*

*Meinen Sie, daß so etwas diesem Thema angemessen ist?*

*Natürlich haben die Menschen Erwartungen gehabt, die in der kurzen Zeit nicht erfüllbar waren. Aber natürlich ist auch klar zu erkennen, daß Ostdeutschland Stück für Stück aufblüht.*

*Schauen Sie sich doch einmal das Opel-Werk in Eisenach an!*

*Sehen Sie sich doch einmal das Chemiedreieck an!*

*Sie brauchen dort noch nicht einmal hinzugehen, denn Sie haben einen der besten Experten dafür in Ihrer eigenen Fraktion. Ich bedauere zutiefst, daß der Kollege Rappe ausscheidet [Hermann Rappe, SPD, MdB von 1972 bis 1998; Gewerkschaftssekretär, von 1982 bis 1995 u.a. Vorsitzender der damaligen IG Chemie-Papier-Keramik]. Wenn Sie sich anhören, was er und sein Nachfolger in der*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Gewerkschaft über die Chemiapolitik, die ich mit ihm und anderen gemeinsam betrieben habe, zu berichten haben, dann wissen Sie, daß es sich hier um ein Ruhmesblatt in der deutschen Industriegeschichte handelt.*

*Dazu hat die Politik beigetragen.*

\*\*\*

*Natürlich lassen sich die Probleme mit Händen greifen. (...) Das ist ein Teil des Problems, nämlich daß die Modernisierung Arbeitsplätze kostet und daß wir gleichzeitig neue, sichere Arbeitsplätze schaffen müssen.*

\*\*\*

*Wie sah es denn im Bereich der Telekommunikation vor zehn Jahren aus? Wer hat denn vor zehn Jahren telefoniert? Niemand, nur die Stasi hat abgehört. Jetzt hat Ostdeutschland das modernste Telekommunikationssystem in Europa.*

*Das ist doch nicht vom Himmel gefallen. Hier wurde etwas geleistet.*

\*\*\*

*In den Jahren nach der Wiedervereinigung sind 550.000 Wohnungen in Ostdeutschland neu gebaut worden. Die Hälfte des dortigen Wohnungsbestandes ist modernisiert worden.*

\*\*\*

*Jetzt möchte ich ein Thema ansprechen, zu dem ich von Ihnen noch gar nichts gehört habe, nämlich das Thema Rente. Wo waren Sie eigentlich [an die rot-grüne Opposition gerichtet], als Norbert Blüm, ich und andere - auch nach internen Diskussionen in der Koalition; das gehört schließlich dazu - über die Übernahme des Rentensystems für die neuen Länder entschieden haben? Es gab ja auch Ansprüche, die man nicht leugnen konnte, wenn die Produktivität weitaus geringer als bei uns war.*

*Wir haben damals eine politische Entscheidung getroffen, die Sie mühsam nachvollzogen haben und die zum Beispiel zu folgendem Ergebnis geführt hat: Ein Rentner mit über 40 Versicherungsjahren, der in der damaligen DDR 470 bis 550 Ostmark bekam, hat heute eine Rente von 1.700 DM.*

*Natürlich drücken sich hier auch Unterschiede in den Biographien aus. In der DDR-Zeit war es nahezu selbstverständlich, daß beide Ehepartner gearbeitet haben. Entsprechend besitzen jetzt auch beide Rentenansprüche. Das addiert sich zum Beispiel auf 2 x 1.700 DM. Das hat zur Folge, daß die Bürger in meinem heimatlichen Wahlkreis Ludwigshafen - aber auch woanders - fragen: „Wieso haben diese Menschen solche Renten? Die haben doch gar nichts eingezahlt.“ - Jetzt entsteht auch hier Neid.*

*Ich bleibe aber dabei: Menschen aus den entsprechenden Geburtsjahrgängen, die die volle Last der Geschichte getragen und Krieg, Vertreibung und Verzweiflung erlebt haben, brauchen in besonderer Weise unsere Zuneigung. Das Gefühl der Solidarität in Deutschland sollte so stark sein, daß man die Renten dieser Menschen bezahlt.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

\*\*\*

*Wenn man sich vorstellt, daß Sie vom Untergang Deutschlands sprechen und Miesmacherei zum Hauptpunkt Ihres Wahlkampfes gemacht haben, dann kann man nur den Kopf schütteln.*

\*\*\*

*Herr Ministerpräsident Schröder, ich habe ja angeboten, daß die Kanzlerkandidaten sagen, für was sie stehen. Ich muß Sie fragen: Wofür stehen Sie eigentlich in den neuen Ländern?*

*Ich will die Beispiele nennen. Sie haben 1993 - nicht 1983; das ist ja das Problem, wenn man ein Buch schreibt; es ist alles nachprüfbar - geschrieben:*

*„Jede Mark, die wir in die Modernisierung der Werften Mecklenburg-Vorpommerns stecken, ist eine Mark, die wir in die Konkurrenz der niedersächsischen Werften investieren.“*

*Können Sie mir einmal sagen, meine Damen und Herren, wo hier noch eine Spur von Solidarität vorhanden sein soll?*

\*\*\*

*Weder Sie noch ich und auch nicht die allermeisten, die sich jetzt in diesem Saal befinden, haben ein persönliches Verdienst daran, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg auf der Sonnenseite der deutschen Geschichte aufgewachsen sind.*

*Wir sind ein Volk. Wir haben eine Geschichte mit großen und schrecklichen Kapiteln. Auch die Rechnung für das Schlimme, das in deutschem Namen und von deutscher Hand zur Nazizeit geschehen ist, haben wir heute noch jeden Tag gemeinsam zu bezahlen.*

*Nun haben wir im Westen das Glück gehabt, nach 1945 auf der Sonnenseite zu stehen. Andere hatten das Glück nicht.*

*Ich war vergangenen Freitag abend in Frankfurt an der Oder, und an diesem Freitag bin ich in Frankfurt am Main. Man kann es beinahe körperlich spüren und kann sehen, wie die Entwicklung war. Die Leute in Frankfurt an der Oder und die in Frankfurt am Main waren gleichermaßen fleißig und intelligent. Ich kann keinen Unterschied entdecken. Aber die eine Seite hatte das Pech, daß sie unter die Herrschaft eines Regimes geriet, das sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen hat. Die Leute in Frankfurt am Main konnten ihren Weg - übrigens auch bis hin zu Werksrenten - ganz anders gehen.*

*Deswegen gilt für mich selbstverständlich der Satz - ob manche im Westen das gern hören wollen oder nicht -: Aufschwung Ost hat Priorität in Deutschland. Das ist gelebte Solidarität.*

\*\*\*

*Ich bringe ein weiteres Beispiel (...) Jetzt tut sich auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie endlich etwas Vernünftiges. Als Gegenpol zu den amerikanischen Bemühungen, einen riesigen und erfolgreichen Luftfahrt- und Weltraumkonzern zu bilden, tun wir uns in Europa jetzt zusammen und machen etwas gemeinsam [Hinweis auf Airbus]. Wir Deutsche haben daran einen wichtigen Anteil. Wir wollen natürlich, daß in Deutschland nicht nur die Blechschneiderei, sondern die gesamte Produktion des Großflugzeuges stattfindet.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Jetzt stellt sich die Frage: An welchen Standort gehen wir? Daß der Hamburger Bürgermeister sagt, die Produktion will ich nach Hamburg haben, ist bürgermeistermäßig. Das kritisiere ich nicht, obwohl ich es nicht verstehe. Denn der Hamburger Bürgermeister müßte jeden Tag eine Danksagung für die deutsche Einheit aussprechen. Es gibt keine Region in Deutschland, die soviel von der deutschen Einheit profitiert hat wie Hamburg.*

*Sie wissen, daß ich es Ihnen gönne. Aber nun bringe ich in dieser Debatte den Standort Rostock - nun wahrlich aus vielen Gründen eine geschundene Region - ins Spiel.*

*Ich kann nachweisen, daß diese Region mit einem Großflugplatz, einem Erbstück aus der sowjetischen Zeit mit wenigen Problemen im Umweltbereich, die Chance bietet, schnell zu handeln. Für die Region würde dies 3.000 neue Arbeitsplätze, und zwar nicht irgendwelche Arbeitsplätze, sondern innovative Arbeitsplätze, bedeuten - nicht nur an der Werkbank, sondern auch in Forschung und Innovation.*

*Wenn dann der Bürgermeister von Hamburg „nein“ sagt und darauf beharrt, die Produktion in Hamburg anzusiedeln - okay. Ich muß allerdings sagen: Ich verstehe ihn nicht.*

*Aber daß Ministerpräsident Schröder, der den Aufbau Ost jetzt - nicht vor drei oder fünf Jahren, sondern jetzt, in den letzten Wochen - zur Chefsache macht, die Hamburger Position unterstützt, zeigt genau Ihr Denken. Das ist der Punkt, um den es hier geht.*

\*\*\*

*Herr Ministerpräsident [Gerhard Schröder], im Prinzip - das ist die erste Feststellung - haben Sie nichts dazugelernt. Sie haben am Tag vor dem Fall der Mauer gesagt:*

*„Wer später kommt, muß sich hinten anstellen.“*

*Das ist Ihr Verständnis von Solidarität.*

*Ich würde mich schämen, einen solchen Satz ausgesprochen zu haben.*

\*\*\*

*Die zweite Feststellung betrifft den eigentlichen Punkt - wenn wir über Kandidaten reden, muß darüber gesprochen werden -: Ich glaube nicht, daß Sie die Idee der Einigung Europas wirklich begriffen haben oder begreifen wollen.*

*Wir wollen auch in Europa als Deutsche zusammengehören, und zwar im Sinne von Thomas Mann: „Ich bin ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher.“*

*Es ist in Ordnung - ich war selbst in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik tätig -, daß man seinen eigenen Kirchturm sieht.*

*Aber die Perspektive eines Volkes am Ende dieses Jahrhunderts, wo sich eine weite Sicht für die Zukunft eröffnet, nur unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für morgen zu sehen, ist nicht in Ordnung.*

*Wie wollen Sie eigentlich den Leuten in Rostock und Chemnitz sagen: „Ich mache den Aufbau Ost jetzt zur Chefsache“ -, wenn Ihr Denken für eine weite Sicht gar nicht ausreicht?*

*Das ist der eigentliche Vorwurf, den ich Ihnen mache.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

\*\*\*

*Unsere Bilanz ist in Sachen deutsche Einheit und Politik für die neuen Länder eindeutig.*

*Wir können noch stundenlang reden, auch über Fehler, die wir gemacht haben; ich räume sie sofort ein. Ich hatte kein Patentzept. (...) Wir wußten gar nichts. (...) Wir waren im Auftrag der Geschichte - im wahrsten Sinne des Wortes - unterwegs.*

*Wir haben dabei versucht, das Beste zu machen. Aber wir waren unterwegs und haben uns nicht in die Büsche verdrückt und gewartet, bis die Unwetter der Geschichte vorbeingingen. Das war so und das bleibt so.*

\*\*\*

*Ihre Politik von damals machen Sie doch gerade weiter. Es war faszinierend, Herr Ministerpräsident des Saarlandes [Oskar Lafontaine, SPD], Sie zu hören. Sie haben hier gestern wieder über den deutschen Weg gesprochen; ich gebe zu: mit vielen intelligenten, auch kessen Formulierungen. Das beherrschen Sie perfekt. Sie haben deswegen einem anderen auch schon die Schau gestohlen; auch das hat jeder gemerkt. (...)*

*Herr Ministerpräsident Lafontaine, Sie können doch jetzt nicht einen deutschen Weg proklamieren.*

\*\*\*

*(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Was denkt Wolfgang Schäuble?)*

*Lassen Sie doch den Wolfgang Schäuble! Das ist ein ganz prima Mann; das ist ein Freund von mir. Zwischen uns beide bringen Sie nichts, Sie schon gar nicht.*

*(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. -  
Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)*

\*\*\*

*Gestern abend waren wir zusammen, Ministerpräsident Schröder und ich. Ich komme noch darauf zu sprechen. Wir haben gemeinsam in einer feierlichen und freundschaftlichen Weise die Automesse für Nutzfahrzeuge eröffnet.*

*Wenn Sie dort verkündet hätten: „Ich, Gerhard Schröder, will Kanzler werden und der Mann neben mir, hinter mir“ [Bezugnahme auf Oskar Lafontaine] - wie immer Sie es nennen wollen - „wird dann eine Politik des deutschen Weges machen“, hätten die vielen Leute aus aller Herren Länder Sie ausgelacht.*

*Wie wollen Sie das, Herr Ministerpräsident Schröder, in einem globalen System machen?*

*Sie sind doch einer der Vorkämpfer der Internationalisierung von VW gewesen. Ich habe Sie dabei immer unterstützt. Sie sind doch nach Großbritannien gefahren und haben hin und her verhandelt. Sie haben alles mögliche gemacht. Sie waren doch immer für Internationalisierung. Sie haben sich einen Manager aus Spanien geholt; der ist dann wieder gegangen. Sie waren aber immer für Offenheit. Das ist ja in Ordnung.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Aber Sie können doch keinen deutschen Weg gehen. Merken Sie denn nicht, Herr Lafontaine - ich unterstelle Ihnen das nicht; Sie kennen das Umfeld der französischen Kammer besser als ich -, welche Wirkung solche Äußerungen von einem deutschen Weg haben?*

*Ich denke daran, was der frühere Präsident Giscard d'Estaing mit schmalen Lippen dazu sagen würde, nämlich: „Die Deutschen sind wieder auf einem deutschen Weg.“*

*Meine Damen und Herren, das ist wirklich schädlich. Lassen Sie das doch bitte sein. Das ist auch sachlich unsinnig.*

\*\*\*

*Sie [rot-grün für den Fall des Wahlsiegs] kündigen die Rücknahme von Reformen an. (...) Wenn Sie das alles zurücknehmen, wird das natürlich nichts bringen.*

*Vor allem machen Sie jetzt den Eindruck, als sei der Weg in die Zukunft ohne Anstrengungen zu gewinnen. Das ist er natürlich nicht.*

\*\*\*

*Die Liberalisierung, der Multimediemarkt oder auch die Renten- und Gesundheitsreform - den ganzen Tag machen Sie dem jeweils zuständigen Minister Vorwürfe.*

*Ich wäre gespannt darauf, wenn Sie einmal von diesem Pult aus sagen würden, was Sie anstelle der jeweiligen Minister tun wollen. Denn Sie kommen an der Wirklichkeit doch nicht vorbei.*

*Gehen Sie doch in eine beliebige chirurgische Klinik! In jedem dritten Bett ist jemand, der in hohem Alter erfreulicherweise eine Operation zur Wiederherstellung seiner Gesundheit erhält, die vor 30 Jahren gar nicht möglich war: Bypass, Hüfterneuerung und anderes.*

*Aber das muß bezahlt werden, und das muß alles bezahlbar sein. Sie wissen auch ganz genau, daß das so ist. Darüber braucht man gar nicht zu reden.*

*Aber für den Wahlkampf wird eben alles negativ dargestellt, und es wird alles kritisiert.*

\*\*\*

*Deswegen darf im Wahlkampf auch kein Aufschwung da sein. Aber er ist doch da, meine Damen und Herren. Es nützt alles nichts. Jeder Mensch kann ihn erkennen.*

\*\*\*

*Herr Ministerpräsident Schröder, wir waren doch gestern bei derselben Veranstaltung. Wir haben endlich einmal einen Verband erlebt, der nicht mit der Klage anfing, was alles schlecht sei, sondern ganz ehrlich gesagt hat: „Die Lage ist gut.“*

*Es sind nicht meine Zahlen, aus denen sich das ergibt; das sind die Zahlen der Automobilindustrie.*

*Herr Schröder sitzt im Aufsichtsrat eines solchen Unternehmens, andere auch. Die IG Metall ist mit dieser Branche fest verbunden.*

*Wie also lauten die Zahlen?*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*1998 wird eine neue Höchstmarke bei Produktion, Export und Umsatz erreicht. 1998 werden in Deutschland erstmals über 370.000 Nutzfahrzeuge gebaut, 8 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Boom ist ein Spiegelbild der verbesserten Wirtschaftslage.*

*Das rührt nicht nur vom Export her. Die Investitionsgüterindustrie in Deutschland springt an. Die Menschen fassen wieder Mut, auch beim Konsum. Die Pkw-Produktion - das betrifft auch das Saarland; Herr Ministerpräsident Lafontaine, daran sind Sie, steuerlich gesehen, ganz unmittelbar interessiert - überspringt die 5-Millionen-Grenze.*

*Die Automobilindustrie ist abgeschrieben worden - durch Sie; das zu erwähnen wurde vergessen, aber ich will es nachtragen.*

*Aber wir sind den richtigen Weg gegangen und haben jetzt wieder fast 710.000 Leute, die in der Automobilindustrie beschäftigt sind. Allein seit 1996 wurden 47 Milliarden DM investiert. Dadurch sind 54.000 neue Arbeitsplätze entstanden.*

*Meine Damen und Herren, in den neuen Ländern sind seit der Wiedervereinigung 20 Milliarden DM in dieser Branche investiert worden. Das bedeutet 100.000 Arbeitsplätze.*

*So ist die Lage in Deutschland.*

*Die Miesmacherei, die Sie [rot-grün] dauernd vorbringen, ist ungerechtfertigt.*

\*\*\*

*Herr Ministerpräsident Lafontaine, gestern haben Sie wieder die alte Masche geritten und die Daten vom 1. Januar 1983 mit denen vom heutigen Tag verglichen, was in hohem Maße intellektuell unanständig ist. Ja, das ist schon unanständig. Die Zäsur von 1989/90 haben Sie einfach ausgeklammert [Bezugnahme auf die Herausforderungen im Zuge der deutschen Einheit, darunter die Kosten für den Aufbau Ost].*

*Und sehen Sie: Die Preise sind stabil. Es gibt keinen Preisanstieg. Die Inflationsrate liegt bei 0,7, 0,8 Prozent. 1982 [d.h. bei Amtsübernahme Helmut Kohls] lag sie bei 5,3 Prozent.*

*Wir haben diesen Rückgang erreicht, obwohl wir viele ökonomische Herausforderungen angehen mußten und zum größten Teil gemeistert haben. Das ist ein super Ergebnis, was wir hier erreicht haben.*

\*\*\*

*Es ist auch die beste Sozialpolitik. Als Antwort auf Ihre Rede von gestern, Herr Ministerpräsident Lafontaine: Sie haben mit Recht den Binnenkonsum angesprochen. Aber dann müssen Sie doch sagen, es ist phantastisch, was wir hier machen.*

*1 Prozent weniger Inflation bedeutet rund 20 Milliarden DM mehr Kaufkraft. Zu Beginn meiner Amtszeit [1982] lag die Inflationsrate bei 5 Prozent. Jetzt rechnen Sie das Ganze doch einmal zusammen. Sie können mit keiner Steuerreform der Welt erreichen, was wir hier mit sicheren Preisen und einer stabilen Währung geschafft haben.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

\*\*\*

*Wir sind auch beim Arbeitsmarkt auf dem richtigen Weg. Im Januar hieß es: Es wird 5 Millionen Arbeitslose geben. Sie hatten daran schon Ihre Freude. (...) Und dann ist diese Prognose zusammengebrochen.*

*Was haben wir jetzt? Knapp über 4 Millionen. Wir haben eine deutliche Trendwende, auch im Vergleich zum vergangenen Jahr.*

\*\*\*

*Die 4 Millionen Arbeitslosen sind viel zuviel. Im nächsten Monat werden es unter 4 Millionen sein. Im Jahresschnitt wird die Zahl aber über 4 Millionen liegen. Das ist die eine Seite.*

*Die andere Seite ist, daß wir über 1,5 Millionen freie Stellen haben und dringend Leute gesucht werden. Deswegen ist es doch so wichtig, daß jetzt keine Ausbildungsabgabe eingeführt wird und daß wir vielleicht nach der Wahl - jetzt ist es unmöglich - zu einem vernünftigen Gespräch zusammenkommen: Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.*

*Jetzt hören Sie doch erst einmal zu, was ich vorschlage. Sehen Sie, es ist beinahe wie bei dem Pawlowschen Hundeversuch. Sie brauchen mich nur anzuschauen, dann sind Sie dagegen [Reaktion auf entsprechende Zurufe von der SPD].*

*Sie wissen, der Pawlowsche Hundeversuch hat etwas mit Tiefenpsychologie zu tun.*

*Hier aber haben wir es mit Politik zu tun.*

\*\*\*

*Wir wollen soziale Marktwirtschaft, damit das noch einmal klar ausgesprochen ist.*

*Wir sind überzeugte Anhänger Ludwig Erhards. Ludwig Erhard wäre entschieden dagegen, wenn man den Begriff „sozial“ aus dieser besten Gesellschaftsform der modernen Geschichte herausstreichen würde.*

*Wir brauchen einen breiten Handlungsspielraum, den die Politik vorzugeben hat, damit man in der Wirtschaft wirtschaften kann.*

*Aber wir wünschen keine Wirtschaftsentwicklung, in der die Verantwortlichen in den Unternehmen ausschließlich - so wichtig das auch ist - den Kurs ihrer Aktien betrachten und alles, was damit zusammenhängt, wichtig nehmen, dabei aber die Menschen im Betrieb aus den Augen verlieren.*

*Das ist keine soziale Marktwirtschaft. Für uns gehören auch die Menschen dazu.*

\*\*\*

*Wir brauchen Freiheit, Eigenverantwortung und Freiräume für Privatinitiative.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Damit ist man automatisch bei der Steuerreform. Da muß ich nun sagen: Gestern habe ich dazu Erstaunliches gehört. Die Kollegin aus der ersten Bank [Bezugnahme auf Ingrid Matthäus-Maier, MdB, SPD] hat sich sehr erregt und alle möglichen Leute aus dem Vermittlungsausschuß angegriffen.*

*Jetzt lese ich Ihnen einmal vor, Frau Kollegin, was Herr Schröder [Gerhard Schröder, SPD, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, ab Herbst 1998 bis 2005 deutscher Bundeskanzler] im Februar 1997 dazu wörtlich gesagt hat:*

*„Jeder, der jetzt so tut, als würden die ganzen Auseinandersetzungen“ - es geht hier um die Steuerreform - „nur um der Sache willen stattfinden, ist entweder ein Trottel oder ein Zyniker. Es geht jetzt nicht um die Sphäre der reinen Lehre, sondern um die massive Auseinandersetzung in der Frage, wer Deutschland nach 1998 regieren wird.“*

*Das ist ein Interview von Ihnen [Gerhard Schröder, SPD]. Mehr sagen wir doch gar nicht. Wir haben Sie gar nicht beschuldigt, Sie seien Zyniker. Das mache ich überhaupt nicht. Das kommt mir bei Ihnen sowieso nicht in den Sinn. Wir glauben auch nicht, daß hier irgend jemand ein Trottel ist.*

*Aber eines glauben wir: daß Sie ganz bewußt und ohne Wenn und Aber Ihre ganzen Kollegen [Kollegenkreis der SPD-Ministerpräsidenten im Bundesrat 1994-1998] (...) festgezurrert und gesagt haben:*

*„Ihr müßt jetzt mitmachen; dieses Mal [gemeint war die Bundestagswahl am 27.09.1998] müssen wir drankommen; noch einmal vier Jahre Opposition ertragen wir nicht.“*

*Deswegen haben Sie blockiert [Bezugnahme auf Blockade der rot-grünen Bundesratsmehrheit in den Jahren 1994-98 von zustimmungspflichtigen Reform-Vorhaben der Regierung Kohl, darunter v.a. die Steuer- und Rentenreform]. Das ist der einzige Grund. Alles andere können Sie vergessen.*

\*\*\*

*Nicht anders ist es doch in der Sozialpolitik.*

*Sie können es drehen, wie Sie wollen. Kein Mensch in Deutschland schafft die soziale Ordnung ab oder kippt den Sozialstaat. Das ist doch alles dummes Zeug [Bezugnahme auf entsprechende Vorwürfe und Horrorszenarien von rot-grün zur Politik der Regierung Helmut Kohls].*

*Wir zahlen in Deutschland jährlich 12.500 DM pro Kopf an Sozialleistungen. In Großbritannien sind es 7.500 DM, in Frankreich 11.500 DM und in Italien 6.700 DM: Das ist der zusammengebrochene deutsche Sozialstaat! Wir geben jede dritte Mark für Sozialleistungen aus.*

*Aber die Frage ist doch berechtigt, ob wirklich jede Mark, die wir ausgeben, auch dort hinkommt, wo sie hin soll, oder ob sich nicht auch Trittbrettfahrer in den Besitz des Geldes bringen.*

*Diese Koalition denkt nicht im Traum daran, den Sozialstaat abzuschaffen. (...) Wir bleiben ein Sozialstaat Deutschland. Aber wir können das Geld nur einmal ausgeben, das wir vorher erarbeitet haben. Das heißt, die Programme müssen finanzierbar sein. Mit einem Wort: Gehen Sie davon aus, daß, was immer Sie jetzt sagen, die Republik auf diesem Weg bleiben wird.*

\*\*\*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Sie haben, Herr Ministerpräsident [Gerhard Schröder, SPD], gestern in Ihrer Rede auf der Automobilmesse etwas sehr Kluges getan, indem Sie - was ich voll unterstütze - den wichtigen Bereich Bildung und Innovation angesprochen haben.*

*Aber, meine Damen und Herren und Herr Ministerpräsident, das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Motivation und der Grundlagen. Hochqualifizierte Arbeitnehmer, Spitzenforschung, modernste Produkte, dynamische Innovation - wissen Sie, was das übersetzt heißt? -: Daß ein Land Leistungseliten braucht. Wenn davon die Rede ist, führt das bei Ihnen [SPD] zu einem Sturm der Entrüstung. Bei Eliten haben Sie immer eine Vorstellung aus uralten Zeiten. Aber jede Demokratie braucht Leistungseliten, wenn sie überhaupt eine Zukunft haben will.*

*Jetzt schauen Sie sich doch einmal die Schulpläne Ihres Partners, der Grünen, an, wie es danach in Zukunft in den Schulen aussehen wird. Da kann man wirklich nur sagen: Schule macht Freude, weil zum Beispiel die Beurteilungen wegfallen sollen.*

*Schauen Sie sich einmal an, was sie in diesem Zusammenhang im Hinblick auf den Wettbewerb tun wollen. Sie wollen die besten Hochschulen und Schulen in Europa. Aber warum haben Sie dann gegen das neue Hochschulrahmengesetz gestimmt?*

*Leider ging das heute früh, Herr Ministerpräsident [Gerhard Schröder, SPD], im Lärm unter, als der Herr Kollege Glos ein paar Tatsachen genannt hat. Es war nicht vor ewiger Zeit, daß Ihr denkbarer Nachfolger, Herr Glogowski - aber er wird ja Innenminister [in Niedersachsen] bleiben - gesagt hat - wörtliches Zitat:*

*„Zieht ein bayrisches Kind hierher,“ - gemeint ist Niedersachsen - „muß es sich erst einmal zwei Jahre hängenlassen, damit es das niedrige niedersächsische Niveau erreicht.“*

*Ich habe daran nun wirklich keine Freude; denn es ist eine Unverschämtheit, den Eltern und den Kindern in Niedersachsen etwas zuzumuten, was überhaupt nicht diskutabel ist.*

*Es ist die Aufgabe des Staates, Schutz und Schirm für Familien mit Kindern zu bieten. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß das Recht zur Erziehung der Kinder vor Gott und den Menschen zuerst bei den Eltern liegt, und es ist die Aufgabe des Staates, den Eltern und den Kindern bei einer bestmöglichen Wegbereitung für die Zukunft zu helfen.*

*Das geht natürlich nicht ohne Leistung. Wer da nur von den Rechten und nicht mehr von den Pflichten redet, führt die Kinder auf einen Irrweg.*

\*\*\*

*Zu vielen Themen der Innenpolitik ist schon gesprochen worden. Ich will nur eines sagen: Ich finde es sehr erstaunlich, mit welcher Keßheit Sie [SPD] jetzt Thesen zur Innenpolitik verkünden, die gar nicht zu Ihrer Politik passen, weder in Niedersachsen noch sonstwo.*

*Wenn ich mir vorstelle, wer dazu ausersehen ist, das Amt des Innenministers wahrzunehmen [Otto Schily, erst GRÜNE, dann SPD], habe ich ein bleibendes Bild von Solidarität in Deutschland vor Augen: Am Abend der ersten freien Wahl in der DDR erschien dieser Zeitgenosse [Otto Schily], hielt eine Banane hoch und sagte: „Die Menschen sind eingekauft worden“ - er, der vermutlich gerade aus der Toskana kam und deswegen wußte, wie man leben kann.*

Quelle: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/247, Stenographischer Bericht vom 03.09.1998, S. 23052 bis S. 23065

*Ich finde es ziemlich schäbig, in dieser Art und Weise mit Menschen umzugehen.*

\*\*\*

*Wir stehen zwei Jahre vor dem Ende des Jahrhunderts und an der Schwelle eines neuen Jahrtausends.*

*Wir Deutsche haben allen Grund, vor der Geschichte all denen zu danken, die uns geholfen haben und in eine Lage gebracht haben, die es uns ermöglicht hat, mit einer guten Perspektive in die Zukunft zu gehen.*

\*\*\*

*Deutschland braucht jetzt eine beständige und klare Politik. Alle Experimente bringen nur Gefahren.*

*Vor zwei Tagen haben wir den 50. Jahrestag des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates begangen. Das Werk, das damals von großartigen Männern und Frauen begonnen wurde, hat einen guten Weg genommen.*

*Es kommt jetzt darauf an, diesen Weg weiterzugehen.*

*Deswegen lassen Sie uns in den nächsten Wochen streiten - auf Straßen und Plätzen, im Fernsehen und überall - und sagen, für welche Politik wir stehen.*

\*\*\*

*Wir wollen den Menschen sagen: Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif. Wir haben die Chance, uns auf unsere Kraft zu besinnen und uns, wenn es notwendig ist, Anstrengungen abzuverlangen.*

*Wir müssen dabei verlässlich bleiben und dürfen nicht unberechenbar werden.*

*Wir müssen sehen, daß jetzt nicht Risiko, sondern Sicherheit nötig ist.*

*Ich bin ganz sicher, daß wir eine gute Chance haben, dies den Menschen in den nächsten Wochen klarzumachen.*